

- Lernmaterial zur Vorbereitung der Praktikanten auf Betriebseinsätze unter Berücksichtigung der Doppelqualifikation;
 - Lernzielorientierte Fragenkataloge zur Begleitung der Praktikanten bei Betriebseinsätzen;
 - Lernzielorientierte Tests zur Messung des Lernerfolges bei Einsatz der curricularen Materialien.
2. Implementation und Evaluation des Curriculum.
- Vorbereitung und laufende Beratung der Ausbilder und Ausbildungsbeauftragten zur Einführung der erstellten Curriculummaterialien;
 - Erprobung des Lernmaterials und der Fragenkataloge;
 - Durchführung von Lernerfolgskontrollen;
 - Erprobung alternativer Verzahnungsmodelle.
3. Beschreibung und kritische Reflexion der Ergebnisse der Curriculumentwicklung und -erprobung unter Berücksichtigung folgender Aspekte:
- Darstellung einer Methode zur Ermittlung der berufs- und studienqualifizierenden Lernzielkomponenten;
 - Darstellung übertragbarer Kriterien zum Auffinden von Ausbildungsstandardarbeiten, differenziert nach typischen Betriebsabteilungen;
 - Darstellung übertragbarer Kriterien zur Entwicklung von Fragenkatalogen zur Vorbereitung und Begleitung der Praktikanten bei Betriebseinsätzen;

- Darstellung betriebsstruktureller Probleme bei der Übertragung von alternativen Modellen zur Verzahnung von systematisch-strukturierter Unterweisung und Mitarbeit im Arbeitsprozeß.

Der Modellversuch in den sechs Hamburger Ausbildungsbetrieben hat im Frühjahr 1975 begonnen; die wissenschaftliche Begleitung wurde wiederum der „Forschungsgruppe Berufspraxis in der Sekundarstufe II“ übertragen. Ergebnisse aus den Begleituntersuchungen sind im Sommer 1976 zu erwarten.

Fazit: Das BBF arbeitet im Rahmen der zwei beschriebenen Modellversuche an der Entwicklung doppelqualifizierender Bildungsgänge. Darüber hinaus gibt es in der BRD zahlreiche Versuchs- und Forschungsvorhaben mit dem gleichen Ziel. Das belegen Hinweise in amtlichen Verlautbarungen, Fachzeitschriften und sonstigen Veröffentlichungen — einschließlich der Tagespresse. Soweit es sich hier um Modellversuche handelt, die vom Bund mitfinanziert werden, sind sie in der BLK-Informationsschrift über Modellversuche im Bildungswesen vom 4. 7. 1974 aufgeführt. Leider werden dort nur Projektbezeichnungen genannt. Es fehlen erläuternde Aussagen über Ziele, besondere Fragestellungen und Verlaufsplanungen.

Dadurch wird ein länderübergreifender Erfahrungsaustausch, der sicher die Lösung einer Reihe der oben beschriebenen Probleme beschleunigen würde, erheblich erschwert. Diesen Zustand gilt es — unter Mitwirkung aller Beteiligten — zu überwinden.

Peter Gerds und Heinz Holz

Informationen über die Durchführung von Modellversuchen zum Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form in überbetrieblichen Ausbildungsstätten

Der Kurzbericht soll einen Überblick zum Stand und zu den Bedingungen von zwei Modellversuchen in den Berufsfeldern „Elektrotechnik“ und „Bau und Holz“ vermitteln. Die Informationen beruhen auf Ergebnissen einer schriftlichen Umfrage und stützen sich auf Interviews mit den Durchführungsträgern vom Bund geforderter Modellversuche.

I.

Modellversuch zum Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form — Berufsfeld „Elektrotechnik“

Der Modellversuch wurde in der „Gemeinschaftslehrwerkstatt Grunbach“ der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar in Zusammenarbeit mit der Berufsschule Schorndorf durchgeführt. Für die Leitung des Modellversuchs war als Ausbildungsleiter Oberingenieur Augustin unter Mitwirkung von Elektromeister Roller verantwortlich.

Peter Gerds und Heinz Holz arbeiten im Rahmen des Forschungsprojekts „Grundlagen für die wissenschaftliche Begleitung von Versuchsmaßnahmen“ in der Hauptabteilung Curriculumforschung des BBF.

1. Zur Zielsetzung

Der Modellversuch orientierte sich an der Frage, inwieweit und unter welchen Bedingungen in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte — hier einer Gemeinschaftslehrwerkstatt — im Rahmen eines Berufsgrundbildungsjahres die fachpraktischen Inhalte auf Berufsfeldbreite — „Elektrotechnik“ — so vermittelt werden können, daß ein reibungsloser Anschluß an die nachfolgende Fachbildung sichergestellt ist.

Im Mittelpunkt stand dabei die Erarbeitung einer „realitätsbezogenen“ inhaltlichen und zeitlichen Gliederung von Ausbildungsplänen für die Durchführung eines Berufsgrundbildungsjahres — Berufsfeld Elektrotechnik — in überbetrieblichen Ausbildungsstätten.

2. Zur inhaltlich-organisatorischen Ausgestaltung und zum Ablauf

Der Modellversuch, der sich auf die Ausbildungsjahre 1972/1973 und 1973/1974 bezog, erfolgte auf Initiative der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar. Ihren Anträgen auf Anerkennung und finanzielle Förderung als Modellversuch wurde vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft entsprochen.

Curriculare Grundlagen

Der Modellversuch orientierte sich schwerpunktmäßig an folgenden curricularen Materialien:

- Empfehlung des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie e. V. zu einem Modell für die Durchführung des Berufsgrundbildungsjahres in kooperativer Form;
- Verordnung über die Berufsausbildung in der Elektrotechnik vom 12. 12. 1972;
- Stoffpläne des baden-württembergischen Kultusministeriums;
- Vorschläge zur Struktur und Organisation des Berufsgrundbildungsjahres vom Institut für Bildungsinhalte und Lehrmittelforschung an der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart;
- Ergebnisse einer vom Kultusminister eingesetzten curricularen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Lernzielkatalogs. (Durch die Mitwirkung des auch im Modellversuch tätigen Elektromeisters in dieser Arbeitsgruppe wurde eine laufende Rückkoppelung zwischen Versuchsergebnissen und den Arbeiten der Gruppe ermöglicht).

Die inhaltliche Konzipierung des Modellversuchs orientierte sich an folgenden Abschnitten (Tertialen):

Erstes Tertial — 16 Wochen — allgemeine Berufsgrundbildung (mechanische Grundbildung);

Zweites Tertial — 14 Wochen — berufsfeldorientierte Ausbildung (maschinenorientierte Ausbildung und Vermittlung elektrotechnischer Grundfertigkeiten);

Drittes Tertial — 14 Wochen — berufsgruppenorientierte Ausbildung (Meß- und Schaltungstechnik im energie- und nachrichtentechnischen Bereich).

Über die Ausbildungsabschnitte hinweg erfolgte eine Orientierung an dem Prinzip, den Beginn der Lehrgänge für **alle** Auszubildenden in den gleichen Zeitraum zu legen. Durch unterschiedliches „Lerntempo“ entstehende „Zeitpuffer“ dienten vertiefenden Übungen. Zudem wurden nach Abschluß der Übungsphase auch kleinere Projekte erarbeitet, wie etwa eine kleine Presse oder ein Durchgangsprüfer.

In Anlehnung an die aufgeführten Pläne und auf dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen des Ausbildungsleiters und des Elektromeisters erfolgte im Durchlauf 1972/1973 eine erste Umsetzung in ausbildungsadäquate Aufgaben in lehrgangsorientierter Form. Der Durchlauf 1973/1974 erbrachte eine weitere Vervollständigung der Ausbildungsunterlagen.

In einem weiteren geplanten Durchlauf 1975/1976, der zu einer Abrundung der bisherigen Erkenntnisse führen soll, ist eine weitere Systematisierung aller Ausbildungsunterlagen geplant.

Auszubildende

In beiden Ausbildungsjahren umfaßte der Modellversuch jeweils eine Gruppe von 16—18 Auszubildenden. Etwa ein Drittel der Jugendlichen besitzt Realschulabschluß und etwa zwei Drittel Hauptschulabschluß. Alle Jugendlichen (bis auf eine Ausnahme) hatten bereits Ausbildungsverträge abgeschlossen und wurden nach entsprechender Information über den Modellversuch von ihren Ausbildungsbetrieben ausgewählt.

Schwerpunktmäßig erfolgte eine Verteilung auf den Ausbildungsberuf Elektromechaniker — Starkstrom. Darüber hinaus aus waren die Ausbildungsberufe Elektromechaniker — Elektronik, Elektroinstallateur und Starkstromelektriker im Modellversuch repräsentiert.

Im Durchschnitt ergab sich über alle Ausbildungsabschnitte hinweg eine Relation Ausbilder : Auszubildende von etwa 1 : 12.

Kooperation zwischen Gemeinschaftslehrwerkstatt und Berufsschule

Als ein bestimmendes Rahmendatum für eine Verteilung und Gewichtung der im Berufsgrundbildungsjahr zu vermittelnden Bildungsinhalte und der sich daraus ergebenden Abstimmungs- und Kooperationsprozesse standen der Gemeinschaftslehrwerkstatt insgesamt 24 Wochenstunden und der Berufsschule 16 Schulstunden pro Woche zur Verfügung. Die 16 Wochenstunden der Berufsschule verteilten sich auf zwei Tage.

Hierbei ergaben sich regelmäßige Abstimmungen, deren Effizienz durch gegenseitige „Hospitationen“ in der Gemeinschaftslehrwerkstatt bzw. Berufsschule gefördert wurde. Unter anderem führte dies zur gemeinsamen Konzipierung eines in der Berufsschule vermittelten Blockes über die Grundlagen der Meßtechnik. Zudem wurden in Abstimmung mit der Berufsschule in der Gemeinschaftslehrwerkstatt zusätzliche fachtheoretische Inhalte vermittelt.

Zur wissenschaftlichen Begleitung

Die ursprünglich angestrebte wissenschaftliche Begleitung durch das Institut für Bildungsinhalte und Lehrmittelforschung an der Berufspädagogischen Hochschule in Stuttgart konnte nur unzureichend realisiert werden. Als einzige Aktivität wurde die Zusendung eines Fragebogens benannt, der sich auf personale, ausbildungsberufsorientierte und schulische Daten bezog.

Nach Auffassung des Durchführungsträgers sollte sich wissenschaftliche Begleitung z. B. auch auf die Konzipierung von Lehrgängen, orientiert an praxisbestimmten Inhalten, und die Entwicklung von Hilfen für deren Umsetzung in die Ausbildungspraxis erstrecken. Darüber hinaus sollte nach Ansicht des Durchführungsträgers eine entsprechende fachliche Qualifikation der wissenschaftlichen Begleitung fundierte Aussagen und Empfehlungen hinsichtlich einer Übertragbarkeit der Ergebnisse des Modellversuchs ermöglichen.

Zur Ermittlung des Versuchserfolges

Die Realisierung der dem Modellversuch zugrunde liegenden Zielsetzungen wurde durch folgende Maßnahmen überprüft:

- Neben einer regelmäßigen Auswertung von Ergebnissen der im Rahmen der Lehrgänge zu leistenden Aufgaben erfolgte in der Gemeinschaftslehrwerkstatt — durchschnittlich im 6-Wochen-Turnus — eine Ermittlung des tatsächlichen Ausbildungsstandes durch „Prüfungen“ und „Zwischenlehrarbeiten“.
- Vor der Industrie- und Handelskammer wurde eine Zwischenprüfung abgelegt.
- Außerdem erfolgte eine Prüfung, der vom Kultusministerium gestellte Aufgaben zugrunde lagen.
- Die Ausbildungsbetriebe beurteilten die Auszubildenden nach dem Übergang in die Fachbildung.

3. Ergebnisse des Modellversuchs aus der Sicht des Durchführungsträgers

Der Modellversuch in der skizzierten Form und die erzielten Ergebnisse werden insgesamt sehr positiv beurteilt. Insofern ergibt sich eine übereinstimmende Auffassung sowohl der Leitung des Modellversuchs als auch der beteiligten Ausbildungsmeister und des zuständigen Berufsschullehrers.

Dies dokumentiert sich auch an einem insgesamt überdurchschnittlichen „Abschneiden“ der Auszubildenden bei allen Prüfungen und dem von ihnen gezeigten Interesse. Darüber hinaus wird von allen Ausbildungsbetrieben bestätigt, daß ein reibungsloser Übergang in die Fachbildung gewährleistet war.

Sehr deutlich wird darauf hingewiesen, daß die dem Modellversuch zugrundegelegten 24 Wochenstunden „Fachpraxis“ unbedingt erforderlich sind.

Die Verteilung von 16 Wochenstunden auf zwei Berufsschultage hat sich nach Auffassung des Durchführungsträgers bewährt. Der Möglichkeit einer Blockung steht man sehr skeptisch gegenüber. Die innere Struktur des Berufsfeldes und die Zuordnung der Ausbildungsberufe wird als unproblematisch angesehen.

II.

Modellversuch zum Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form — Berufsfeld „Bau und Holz“

Die Durchführung des Modellversuchs erfolgt im Ausbildungszentrum Bau Württemberg, Geradstetten, des Fachverbandes Bau Württemberg e. V. in Zusammenarbeit mit der Gewerblichen Berufsschule Schorndorf. Für die Leitung des Modellversuchs ist Assessor Arnold, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Berufsförderungsgesellschaft des Württembergischen Baugewerbes mbH verantwortlich.

1. Zur Zielsetzung

Der Modellversuch orientiert sich an der allgemeinen Zielsetzung, die mit der Durchführung eines Berufsgrundbildungsjahres in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte zusammenhängenden curricularen, organisatorischen und regionalplanerischen Fragen abzuklären.

Als besondere Schwerpunkte werden unter anderem herausgestellt:

- Erarbeitung fundierter Aussagen zu einer optimalen Verteilung und Schwerpunktbildung im Rahmen der Vermittlung fachpraktischer, fachtheoretischer und allgemeiner Bildungsinhalte.
- Entwicklung von Grundlehrgängen zur Vermittlung einer systematischen fachpraktischen Grundbildung.
- Erprobung der Möglichkeit, eine Brücke zwischen der Stufenkonzeption der Spitzenverbände der Bauwirtschaft und dem weiter gefaßten Berufsfeld gemäß Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 8. Juli 1972 zu schlagen. (Mittlerweile ist diese Stufenkonzeption in der Verordnung über die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft vom 8. Mai 1974 weitgehend realisiert).

2. Zur inhaltlich-organisatorischen Ausgestaltung und zum Ablauf des Modellversuchs

Nachdem sich das geplante Versuchsprogramm des Landes Baden-Württemberg im Berufsfeld „Bau und Holz“ zunächst nur an Modellversuchen zum Berufsgrundbildungsjahr in schulischer Form orientierte, wurde auf Initiative des Fachverbandes Bau das Versuchsprogramm um diesen Modellversuch in kooperativer Form erweitert. Dies wurde begünstigt durch inhaltlich-konzeptionelle Vorarbeiten des Fachverbandes, die bereits in früheren Jahren unter wesentlicher Mitwirkung von Professor Georg Rothe (Berufspädagogische Hochschule Stuttgart) erstellt wurden. Einem Antrag auf Anerkennung und finanzielle Förderung als Modellversuch wurde vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft entsprochen.

Die Laufzeit des Modellversuchs umfaßte bisher die Ausbildungsjahre 1972/1973 und 1973/1974. Im gegenwärtigen Ausbildungsjahr 1974/1975 findet ein weiterer Durchlauf statt. Vom Ausbildungsjahr 1975/1976 an ist ein neuakzentuierter Modellversuch geplant, der sich schwerpunktmäßig mit der Ermittlung der optimalen Bedingungen für die Umsetzung der gestuften „Ausbildungsordnung für die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft“ in die Berufsbildungspraxis befaßt.

Curriculare Grundlagen

Der Modellversuch orientiert sich vor allem an folgenden curricularen Materialien:

- Vorläufige Orientierung an den Ausbildungsinhalten der Stufenkonzeption der Spitzenverbände der Bauwirtschaft. (Diese Konzeption wurde im Rahmen der am 8. Mai 1974 erlassenen Verordnung über die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft weitgehend realisiert);
- Rahmenstoffplan des baden-württembergischen Kultusministeriums;
- Vorschläge zur Struktur und Organisation des Berufsgrundbildungsjahres vom Institut für Bildungsinhalte und Lehrmittelforschung an der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart.

Die inhaltliche Konzipierung des Modellversuchs orientierte sich an folgenden Abschnitten (Tertialen):

Erstes Tertial: Die Ausbildung vollzieht sich schwerpunktmäßig im Rahmen werkstoffbezogener Grundlehrgänge. (Grundlehrgang Stein, Grundlehrgang Holz, Grundlehrgang Metall, Grundlehrgang Kunststoff),

Zweites Tertial: Vermittlung von Arbeitstechniken berufsfeldtypischer Konstruktionen;

Drittes Tertial: Im Rahmen der berufsgruppenorientierten Ausbildung erfolgt eine Aufteilung der Auszubildenden in die Bereiche Rohbau, Straßen- und Tiefbau, Ausbau.

Der Durchlauf 1972/1973 fiel mit der Eröffnung des Ausbildungszentrums und der Einarbeitung eines Ausbilderstammes zusammen. Insoweit blieb relativ wenig Zeit für die Vorbereitung des eigentlichen Modellversuchs. Als curriculare Grundlagenmaterialien standen grundsätzlich nur ein vom Institut für Bildungsinhalte und Lehrmittelforschung an der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart erarbeitetes Grobraster mit einer Auflistung berufsfeldrelevanter Bildungsinhalte und die Stufenkonzeption der Spitzenverbände der Bauwirtschaft zur Verfügung.

Bedingt durch diese Umstände lag der Schwerpunkt curricular orientierter Arbeiten in der Entwicklung von Aufgaben zur Vermittlung relevanter Bildungsinhalte.

Im Durchlauf 1973/1974 konnte zusätzlich auf einen lernzielorientierten Plan zurückgegriffen werden, der durch eine vom Kultusminister eingesetzte curriculare Arbeitsgruppe erstellt wurde. Auf dieser Basis und der Grundlage bisheriger Versucherfahrungen erfolgte eine Vertiefung und Komplettierung der Aufgaben im Rahmen grob vorstrukturierter Lehrgänge.

In einer weiteren Phase ist eine Bündelung und Strukturierung erprobter Aufgaben im Zusammenhang der Lehrgangssystematisierung vorgesehen.

Auszubildende

Im Ausbildungsjahr 1972/1973 umfaßte der Modellversuch 42 Auszubildende mit überwiegend (ca. 75 %) Hauptschulabschluß. Die Jugendlichen hatten bereits Ausbildungsverträge abgeschlossen. Alle Bewerber konnten in das Ausbildungszentrum aufgenommen werden. Hierbei ergab sich eine etwa gleichmäßige Verteilung auf die Ausbildungsberufe Bauzeichner, Betonbauer, Maurer und Straßenbauer.

Im Ausbildungsjahr 1973/1974 umfaßte der Modellversuch 55 Auszubildende, die zu etwa 50 % den Hauptschulabschluß und zu etwa 30 % den Realschulabschluß besitzen. Auch diese Jugendlichen hatten bereits Ausbildungsverträge abgeschlossen. Von den 70 Bewerbungen wurden 55 in der Reihenfolge der Bewerbungen aufgenommen. Schwerpunktmäßig ergab sich eine gleichmäßige Verteilung auf die Ausbildungsberufe Maurer (22) und Betonbauer (21). Zusätzlich

waren noch Straßenbauer (8), Zimmerer (3) und Kanalbauer (1) repräsentiert.

In Verbindung mit dem Ausbildungszentrum besteht die Möglichkeit der Unterbringung in einem Internat, gekoppelt mit dem Angebot von Freizeitaktivitäten. Diese Möglichkeiten werden vom Großteil der Jugendlichen genutzt.

Kooperation zwischen Ausbildungszentrum und Berufsschule

Im Rahmen der Vermittlung der Bildungsinhalte stehen dem Ausbildungszentrum insgesamt 24 Wochenstunden und der Berufsschule 16 Schulstunden pro Woche zur Verfügung. Die 16 Wochenstunden der Berufsschule verteilen sich auf zwei Tage.

Die Abstimmung zwischen dem Ausbildungszentrum und der Berufsschule verläuft nach übereinstimmender Aussage optimal, zumal die äußeren Voraussetzungen sehr günstig sind, weil der Berufsschulunterricht in Räumen des Ausbildungszentrums erfolgt.

Es finden wöchentliche Arbeitsbesprechungen (2–3stündig) zwischen Berufsschullehrern und Ausbildern über die Stoffverteilung und die Aufteilung der Aufgaben für die jeweils folgende Woche statt.

Zur wissenschaftlichen Begleitung

Eine wissenschaftliche Begleitung konnte bisher nicht realisiert werden, wird für die Zukunft aber angestrebt. Nach Auffassung des Durchführungsträgers muß die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Begleitung gewährleistet sein. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten soll in einer „laufenden Erfolgskontrolle“ mit ständiger Rückkoppelung zum Durchführungsträger liegen. Insoweit wird auch eine Beratungsfunktion an-

getrebt, wobei die Entscheidungskompetenz des Trägers uneingeschränkt gelten sollte.

Zur Ermittlung des Versuchserfolges

In diesem Zusammenhang wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Auswertung der Ergebnisse in den einzelnen Prüfungsaufgaben im Rahmen der Lehrgänge;
- Lernfortschrittsmessungen durch punktuelle Prüfungen nach den Lehrgängen;
- Leistungsvergleich (Eindrucksbeurteilung) mit Auszubildenden, die keine Berufsgrundbildung durchlaufen haben, während des zweiten Ausbildungsjahres;
- Beurteilung der Jugendlichen durch die Ausbildungsbetriebe nach dem Übergang in die Fachbildung.

3. Ergebnisse des Modellversuchs aus der Sicht des Durchführungsträgers

Der bisherige Verlauf des Modellversuchs wurde insgesamt positiv beurteilt. Insbesondere die Ausbildung in Lehrgangsform führte zu guten Erfahrungen, die grundsätzlich auch von den Ausbildungsbetrieben bestätigt wurden. In diesem Zusammenhang erfolgte der Hinweis, daß zukünftig eine stärkere Gewichtung der Grundlehrgänge Stein und Holz im Vergleich zu den Grundlehrgängen Kunststoff und Metall erfolgen soll.

Hinsichtlich einer möglichen Berufsfeldbreite wurde angeführt, daß aufgrund bisheriger Erfahrungen die gemäß Verordnung über die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft vorgesehene Grundausbildung realisiert werden kann.

Dietrich Weissker

Berufsgrundbildungsjahr – differenziert angeboten und differenziert angerechnet?

Um die aufgetretenen Schwierigkeiten beim Eintritt der Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) in die Stufe der beruflichen Fachbildung zu überwinden, werden gegenwärtig auch Möglichkeiten einer differenzierten Anrechnung des BGJ erwogen. Damit eng verbunden ist die Frage nach den unterschiedlichen Motiven und Interessenlagen der Jugendlichen zu stellen, die sich bisher für den Besuch eines freiwilligen BGJ entschieden haben. In idealtypischer Vereinfachung lassen sich mindestens drei Kategorien von Schülergruppen unterscheiden, denen zugleich drei unterschiedliche pädagogische Konzeptionen des BGJ entsprechen.

- Hohe Durchfallquoten von Hauptschulabsolventen in den Facharbeiterprüfungen, insbesondere in anspruchsvollen Ausbildungsberufen (z. B. in bestimmten Elektroberufen, bei Technischen Zeichnern), führten zu einer Konzeption, in der die erforderlich gewordenen höheren Theorie-Anteile über ein zusätzliches zehntes Schuljahr vermittelt wurden, d. h. die Hauptschulabsolventen erhielten über den erfolgreichen Besuch eines BGJ Zugang zu an-

spruchsvolleren Ausbildungsberufen, in denen sie sich in zunehmendem Maße neben Realschulabsolventen zu bewähren hatten (im folgenden als *Schülerkategorie A* bezeichnet).

- Die bildungspolitischen Bemühungen um Gleichrangigkeit der beruflichen Bildung und um Verbesserung des Übergangs von beruflichen in weiterführende allgemeine Bildungsgänge führten zu einer Konzeption, in der theorieakzentuierte Inhalte zusätzlich im ersten Ausbildungsjahr vermittelt wurden, d. h. Hauptschulabsolventen erhielten über den erfolgreichen Besuch eines BGJ eine breite, nicht ausschließlich monoberufsorientierte Grundbildung (im folgenden als *Schülerkategorie B* bezeichnet).
- Die Sorge um die Vermittlung der ständig steigenden Zahl von Hauptschulabgängern ohne Abschluß in ordentliche berufsqualifizierende Bildungsgänge führte zu einer Konzeption, in der vorhandene Lerndefizite praxisorientiert in einem zusätzlichen zehnten Schuljahr abgebaut wurden, d. h. Hauptschulabgänger erhielten über den erfolgreichen Besuch eines BGJ die Möglichkeit, den Hauptschulabschluß nachzuholen, um sich überhaupt Zugang zu Ausbildungsberufen zu öffnen (im folgenden als *Schülerkategorie C* bezeichnet).

Dietrich Weissker ist Wissenschaftlicher Direktor in der Hauptabteilung Curriculumforschung des BBF und Mitarbeiter am Projekt „Modelle zur Berufsgrundbildung“.